

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 5, April 2013



RM 04A035819

Mit Beilage:
huettenarbeiter

Ergeht an
jede Postabgabestelle in
Trofaiach, Hafning, Gai

DANKE!

Gemeinderatswahl Trofaiach: Schöner Erfolg für KPÖ

Die Gemeinderatswahl in der nun mit Hafning und Gai zusammengelegten Stadt Trofaiach brachte für die KPÖ ein sensationelles Ergebnis. Obwohl die KPÖ bisher in den Gemeinderäten von Gai und Hafning nicht vertreten war, konnte sie mit ihrer Spitzenkandidatin Gabi Leitenbauer das gute Ergebnis aus dem Jahr 2010 in Trofaiach noch übertreffen und erreichte 21,9 Prozent der Stimmen. Damit ist die KPÖ nach wie vor zweitstärkste Partei und wird mit Gabi Leitenbauer wieder die zweite Vizebürgermeisterin stellen. Noch am Wahltag dankte sie allen Trofaiacherinnen und Trofaiachern für das große Vertrauen.

Für die SPÖ war der Wahltag ein rabenschwarzer Tag. Sie verlor deutlich Stimmen und hat nun in Trofaiach erstmals seit 1945 nicht mehr die absolute Mehrheit. Die SPÖ unter Mario Abl erreichte 45,5 Prozent, bei der vorletzten Wahl 2005 waren es noch 70,6 Prozent. Die ÖVP blieb mit 13,7 Prozent klar drittstärkste Kraft. Viertstärkste Partei wurde die Bürgerliste Trofaiach des ehemaligen Bürgermeisters von Gai, Bernhard Zechner, mit 8,9 Prozent. Selbst wenn man die Stimmen von ÖVP und Bürgerliste zusammenzählt - Bernhard Zechner hat seine Wurzeln in der ÖVP - würden KPÖ und ÖVP/Zechner nahezu gleichauf liegen. Die

FPÖ erreichte 6,6 Prozent, die Grünen 3,4 Prozent. An Mandaten heißt das: SPÖ 15 Mandate, KPÖ 7, ÖVP 4, Bürgerliste und FPÖ je 2 und Grüne ein Mandat. Die Wahlbeteiligung blieb mit 64 Prozent relativ niedrig.

KPÖ auch im Stadtrat gestärkt

Im Stadtrat behält die SPÖ auf Grund der Wahlarithmetik die absolute Mehrheit. Die Sitzverteilung in der Stadtregierung lautet: 4 SPÖ, 2 KPÖ und ein Sitz ÖVP. Neben Gabi Leitenbauer wird ein zweiter KPÖ-Vertreter in die Stadtregierung einziehen. Mario Abl, der die Geschicke der Stadt seit Jänner als Regierungskommissär kommissarisch geleitet hatte,

zeigte sich tief enttäuscht: „Das Ergebnis kommt für uns unerwartet.“ Gabi Leitenbauer (KPÖ) war vom guten Abschneiden überwältigt: „Mit so vielen Stimmen haben wir nicht gerechnet. Gai und Hafning waren für uns Neuland. Ich kann allen unseren Wählerinnen und Wählern versprechen, daß die KPÖ weiterhin konsequent gegen Belastungen für die Bürger auftreten wird. Da kann man sich auf uns verlassen.“ Verbesserungsvorschlägen stehe die KPÖ selbstverständlich offen gegenüber.

Enttäuschte Gesichter gab es bei der FPÖ. Die FPÖ hatte noch im letzten Augenblick versucht mit einer Schmutzkübelkampagne gegen die KPÖ dieser Stim-

men abzujagen. Der Schuß ging nach hinten los! Spannend wird die Frage, wer erster Vizebürgermeister wird. Bisher galt Alfred Lackner (SPÖ), ehemals Bürgermeister in Hafning, als Favorit. Allerdings wurde die SPÖ in Hafning, wohl auch wegen der Gemeindegemeinschaft, zertrümmert. Von 65,5 Prozent rasselte sie auf 31 Prozent hinunter. Möglicherweise geht die SPÖ mit der ÖVP oder der Bürgerliste Trofaiach eine Koalition ein und Bernhard Zechner (Bürgerliste) oder Erich Temmel (ÖVP) werden erster Vizebürgermeister. Als kleinste Fraktion werden die Grünen mit Eveline Neugebauer die Obfrau des Prüfungsausschusses stellen.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet Ihnen eine kostenlose
Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben
Interessenten werden gebeten,
sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70



Für die KPÖ im Gemeinderat

Im neu gewählten Trofaiacher Gemeinderat ist die KPÖ nun mit sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäten vertreten.

Wir stellen sie Ihnen vor:



Gabi Leitenbauer
Angestellte



Jürgen Enser
Angestellter



Benjamin Dianat
Student



Helmut Edlinger
Dreher



DI Katharina Dianat
Bäuerin, Agraringenieurin



Manfred Rössler
Operationsgehilfe



DI Dr. Christian Weiß,
Verfahrenstechniker

KOMMENTAR

Auf die KPÖ können Sie sich verlassen!



Die Gemeinderatswahl in der jetzt größer gewordenen Stadt Trofaiach brachte für die KPÖ ein sensationelles Ergebnis. Wir konnten unser gutes Abschneiden von 2010 noch übertreffen und blieben klar zweitstärkste Kraft. Damit bleibe ich zweite Vizebürgermeisterin. Für dieses gewaltige Vertrauen möchte ich allen Wählerinnen und Wählern recht herzlich Danke sagen. Eines kann ich versprechen: so wie Sie mich über all die Jahre kennengelernt haben, so werde ich weiter tätig bleiben.

Das der KPÖ entgegengebrachte Vertrauen führe ich vor allem auf zwei Gründe zurück: immer mehr Bürge-

rinnen und Bürger erkennen, daß das Spardiktat nur dann gilt, wenn es um Einsparungen bei den „Menschen wie Du und Ich“ geht, während für die Mächtigen, für die Konzerne, für die Banken unentwegt das Füllhorn ausgeschüttet wird. Darüber sind immer mehr zu Recht empört. Einzig die KPÖ tritt dagegen auf. Alle anderen Parteien sind, egal ob im Bund, im Land oder in den Gemeinden, in diese Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen und Superreichen mehr oder weniger eingebunden. Bei der KPÖ gehen Wort und Tat zusammen. Bei ihren Mandatarinnen und Mandataren ist Korruption ein Fremdwort, bei ih-

nen wird ein Großteil ihres Politeinkommens gespendet. All das schafft Vertrauen.

Noch etwas: die KPÖ tritt überall konsequent gegen neue Belastungen der Bürgerinnen und Bürger auf. Gebührenerhöhungen, Lohnkürzungen, Ausverkauf der Infrastruktur ist mit der KPÖ nicht zu machen. Deswegen nennen uns die Anderen Nein-Sager. Schaut man sich die Wortmeldungen der regionalen Obleute der anderen Parteien nach der Trofaiacher-Wahl an, ist ihnen eines gemeinsam: sie werfen uns Populismus und das Drücken vor Verantwortung vor. Wir übernehmen sehr wohl Verantwortung! Da unterscheiden wir uns

von den Anderen. Sie nennen laufende Verschlechterungen „Reformen“ und wollen den Menschen ein X für ein U vormachen. Wir kämpfen für den Erhalt der Spitäler, für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur, für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, dafür, daß das Geld bei Stronach, Mateschitz und Co geholt wird und nicht beim kleinen Arbeiter, Angestellten oder Pensionisten. Das verstehen wir unter „Verantwortung übernehmen“!

Gabi Leitenbauer
Vizebürgermeisterin
LE@kpoe-steiermark.at
Te. 038 42 22 670

S-Bahn von Trofaiach nach Kapfenberg

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung haben wir die Leserinnen und Leser gefragt, was sie von einer S-Bahn von Trofaiach nach Kapfenberg, mit teilweiser Durchbindung nach Graz und einem attraktiveren Haltestellenangebot, halten. Die sogenannte S-8 Obersteirischer Zentralraum wurde nie umgesetzt, während in bevölkerungsschwächeren Regionen der Steiermark die S-Bahn längst verkehrt. Die lokalen Politiker von SPÖ und ÖVP unserer Region haben dagegen auf ein verdichtetes Buskonzept im Vordernbergertal gesetzt; nun sitzt die Region zwischen allen Stühlen. Wir haben weder S-Bahn noch verdichtetes Buskonzept. Zahlreiche Leserinnen und Leser schickten uns ihre Meinung. Einige davon:

„Ich fahre öfter nach Graz. Da wäre die Bahn besser.“ **M.J., 8793 Trofaiach**

„Die Strecke bis Vordernberg muß unbedingt erhalten bleiben!“ **G.S., 8793 Trofaiach**

„Die Realisierung der S-8 wäre für alle, die kein Auto besitzen höchst willkommen!“ **M.G., 8793 Trofaiach**

„Mit der Bahn wäre man schneller in Leoben als mit dem PKW.“ **H.K. & C.W., 8793 Trofaiach**

„Die S-8 wäre besonders wünschenswert.“ **M.V., 8793 Trofaiach**

„Nicht auf unser Vordernberg vergessen! Endziel muß Vordernberg Markt sein.“ **H.W., 8794 Vordernberg**

„Sogar nach Übelbach gibt es eine S-Bahn. Sie gehört zur Infrastruktur des Tales. Und

Trofaiach? Die B-115 ist restlos überlastet.“ **B.S., 8793 Trofaiach**



Was mit uns geht und was nicht

Immer wieder werfen die anderen Parteien der KPÖ vor, sie wäre eine Nein-Sager Partei. Das stimmt, wenn es um Verschlechterungen für die Arbeiter, Angestellten, Klein- und Mittelbauern und die Pensionistinnen und Pensionisten geht. Das stimmt nicht, wenn es um Vorschläge geht, die das Leben der arbeitenden Menschen verbessern.

Das geht mit uns:

Eine S-Bahn für das Vordernberger-Tal.

Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Mietrechtsstreitigkeiten.

Die Eröffnung eines Nahversorgers in Trofaiach-Nord.

Ein öffentliches WC beim Fachmarktzentrum in Trofaiach West.

Die Eröffnung eines Natureislaufplatzes in unserer Gemeinde.

Die Ausweitung des Citybusses in die neuen Stadtteile.

Eine Kontrolle, was mit dem Steuergeld in unserer Gemeinde geschieht.

Das geht mit uns nicht:

Die laufende Erhöhung der Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr und damit ein laufendes Ansteigen der Betriebs- und Wohnkosten.

Ein weiterer Ausverkauf unserer Stadtwerke.

Das Zusperrern kommunaler Infrastruktur, wie Schulen, Kindergärten, Gemeindeämter etc.

Freunderlwirtschaft und Privilegien

Teure Prestigeprojekte während für notwendige Dinge das Geld fehlt.



Klein, aber mit Biß



Aus dem Landtag

„Weg mit dem Regreß!“

„Weg mit dem Regreß!“ Mit diesen Worten brachte Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) die Haltung ihrer Partei zum Pflegeregreß während der Debatte im Landtag auf den Punkt. Die Grünen hatten dazu acht Fragen an die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) gestellt. Edlinger-Ploder verteidigte den Regreß, der Eltern, Kinder und Ehegatten von Personen in Pflegeheimen mit bis zu 10 Prozent des Nettoeinkommens belastet.

Angehörige werden ab einem Monatseinkommen von netto 1.286 Euro, ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld, zur Kasse gebeten. 6.167 Personen sind in der Steiermark derzeit von Regreßzahlungen betroffen. 9,68 Millionen Euro nimmt das Land dadurch ein, wobei sofort wieder 10 Prozent dieser Einnahmen in den Verwaltungsaufwand fließen. Somit decken die Einnahmen aus dem Regreß nicht einmal drei Prozent der Pflegekosten, während gleichzeitig die Angehörigen in vielen Fällen extrem belastet werden. Der Regreß in dieser Form existiert nur mehr in der Steiermark. Die Grünen wünschen sich die Finanzierung der Pflege durch eine neue Erbschaftsteuer. Christopher Drexler (ÖVP) warf der KPÖ Linkspopulismus vor, „auf den die Grünen unverständlicherweise aufspringen.“ „Der Regreß ist eine sozial gerechte Belastung“, so Drexler.

KPÖ fordert Abschaffung

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) fordert die bedin-



Werner Murgg: Die Sicherung der Spitäler und Abteilungen in den steirischen Regionen muß gewährleistet sein.

gungslose Abschaffung des Regresses. Klimt-Weithaler: „Ich bin froh, daß die Menschen, die sich gegen den Regreß wehren, immer lauter werden.“ Klimt-Weithaler erinnerte daran, daß einen Tag vor der Landtagssitzung die steirische Arbeiterkammer auf Antrag der SPÖ-Kammerräte einen Beschluß zur Abschaffung des Regresses gefaßt hatte. Klimt-Weithaler: „Es ist erschütternd, daß die selben Gewerkschafter unter den Abgeordneten hier im Landtag heute gegen die Abschaffung stimmen.“ SPÖ und ÖVP stimmten gegen die Abschaffung. Der Regreß bleibt vorläufig bestehen.

Werden weitere Spitäler geschlossen?

Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) hat in einem Zeitungsinterview weitere Spitalsschließungen in den Raum gestellt. Die FPÖ wollte im Landtag dazu von Edlinger-Ploder mehr wissen. Die Landesrätin berief sich auf den Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG). Edlinger-Ploder: „Le-

sen sie hier nach. Da steht alles drinnen.“ Enzenbach werde bis 2019 weitergeführt. Für das Haus Hörgas gebe es Interessenten. Die Medizin habe sich in den letzten Jahrzehnten sprunghaft weiter entwickelt. „Man kann nicht mehr Strukturen von vor 50 Jahren aufrechterhalten“, so Edlinger-Ploder.

Landtag muß in seine Rechte eingesetzt werden

Werner Murgg (KPÖ) kritisierte die Vorgangsweise in der Spitalpolitik. Derzeit würden sogenannte Experten und die Vorstände der Kages über das Schicksal unserer Spitäler entscheiden. Der Landtag sei abgemeldet und werde vor vollendete Tatsachen gestellt. Murgg: „Was die Menschen brauchen ist klar. Die Sicherung und den Ausbau der Spitäler und Abteilungen auch draußen in den Regionen und vor allem mehr Personal in den Spitälern. Es ist ungeheuerlich, daß Pflegekräfte immer häufiger über Burn-Out klagen und Ärzte vierzig oder mehr

Stunden durcharbeiten.“ Die KPÖ fordert seit langem die Auflösung der Kages und die Überführung der Spitäler in die unmittelbare Landesverwaltung. Nur so könne dem Landtag ein wirkliches Mitspracherecht in der Spitalpolitik garantiert werden. Ein dahingehender Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt. Auch der KPÖ-Antrag, die jüngst geschlossenen Spitalabteilungen und Spitalsschließungen wieder zurückzunehmen, wurde von Grünen, ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842/22670, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortliche Chefredakteurin: Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Schlechte Busverbindung?

Ich bin dafür, die Busverbindung Leoben – Trofaiach zu optimieren.

JA

☐

NEIN

☐

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17



UMFRAGE

Schlechte Busverbindung an den Randzeiten und am Wochenende

Die Busverbindung zwischen Leoben und Trofaiach läßt an den Tagesrandzeiten und am Wochenende zu wünschen übrig. Viele Fahrgäste sind mit den Ab-

fahrtszeiten bzw. mit dem zu geringen Takt vor allem am Wochenende nicht einverstanden. Auf Beschwerden wurde bisher nicht reagiert.

Steiermark: Parteienförderung wird automatisch jährlich erhöht

Das neue Parteienförderungsgesetz, das die Förderung der Landesparteien regelt, wurde im Landtag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen. Die KPÖ hat in den Verhandlungen immer gefordert, auf die automatische jährliche Wertanpassung zu verzichten. KPÖ-Land-

tagsabgeordneter Werner Murgg: „Während soziale Leistungen des Landes, wie die Wohnbeihilfe, jahrelang eingefroren bleiben und von den Angehörigen von Pflegeheimbewohnern eine Regresszahlung gefordert wird, sollen die Parteien jährlich automatisch mehr Geld bekommen. Da macht die KPÖ nicht mit!“

Wohnbeihilfe endlich erhöhen!

Im Rahmen der Debatte um das Landesbudget der kommenden zwei Jahre hat die KPÖ im Landtag den Antrag eingebracht, die Wohnbeihilfe endlich zu erhöhen. Seit Jahren ist das nicht mehr geschehen; im Gegen-

teil: vor einiger Zeit wurde die Beihilfe sogar gesenkt. Durch die Geldentwertung verliert die Wohnbeihilfe ohnedies Jahr für Jahr an Wert. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Was uns ein- und auffällt...

...daß die besten Rezepte für eine **weitere Wählervertreibung** zweifelsohne die SPÖ besitzt. Während am Montag in der AK-Vollversammlung auf Antrag der Sozialdemokraten eine Resolution für die Abschaffung des Pflegeregresses beschlossen wurde, haben am Dienstag im Landtag die SPÖ-Gewerkschafter und -Kammerräte gegen die Abschaffung des Regresses gestimmt. Das nennt man Vertrauen schaffen...

...daß ÖVP-Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder im Großraum Graz weitere Spitalsbetten abbauen will, während gleichzeitig

die Wartezeiten bei Operationen für Personen ohne Zusatzversicherung immer länger werden. Das kommt heraus, wenn man sich von **sündteuren Experten**, die in erster Linie ihre eigenen Profite im Auge haben, beraten läßt...

...daß Bürgermeister Mario Abl bei einer Diskussionsveranstaltung behauptet hat, die **Bahnstrecke Donawitz-Trofaiach** wäre bis 2025 gesichert. Hier ist offenbar der Wunsch Vater des Gedankens. Es gibt seitens der ÖBB lediglich eine Absichtserklärung bis 2019, von einer Garantie kann keine Rede sein...

Keine Steuer für Schotterbarone

Murgg (KPÖ): „SPÖ ist wieder umgefallen“

Nach jahrelangem Geplänkel haben SPÖ, ÖVP und FPÖ am 19. März im Landtag endgültig nein zu einer Steuer für Schotterbarone („Naturnutzungsabgabe“) gesagt. Damit ist die SPÖ auch vom Versprechen einer einnahmeseitigen Budgetsanierung abgerückt.

Dadurch entgeht dem Land auch ein wichtiger Beitrag für Naturschutzmaßnahmen. Immerhin wären Einnahmen bis zu 4 Mio. Euro im Jahr möglich.

KPÖ-LABg. Werner Murgg, der sich wiederholt für diese Abgabe stark

gemacht hat: „Statt die Schotterbarone wenigstens minimal zu besteuern, holt sich das Land das Geld lieber bei jenen, die auf Wohnbeihilfe und Pflege angewiesen sind. Damit ist die SPÖ ein weiteres Mal von einem ihrer Versprechen abgerückt.“



Das ist die EU:

Sparbuchdiebe am Werk

„Die EU kommt uns zu teuer“. Dieser Plakatspruch ist vor zehn Jahren bei einigen Menschen auf Widerspruch gestoßen. Jetzt sind die Ersparnisse in der EU nicht mehr sicher. Niemand weiß, wie lange noch Geld aus dem Bankomaten kommt. Die EU ist für uns alle eine sehr teure Angelegenheit.

Zypern ist kein Einzelfall. An der Bevölkerung dieses Landes wird ausprobiert, wie viel Geld man den Menschen wegnehmen kann, damit die EU und die Finanzkonzerne verschont bleiben.

Einzelfall?

Zypern, Portugal, Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Slowenien: Die „Einzelfälle“ in der Eurozone häufen sich. Mit hunderten Milliarden Euro, die man den Arbeitslosen, den Pensionisten und der Jugend wegnimmt, wird der Bankensektor gerettet. Und es gibt keine Aussicht auf Umkehr. Die Polit- und Wirtschaftsversager in der EU geben nicht zu, daß sie gescheitert sind. Sie wollen mitten in der Krise ihre Macht zentralisieren und sich gegen die Forderungen der Bevölkerung abschotten. Österreichs Regierung spielt da mit.

Sparbuchdiebe

Die Sparguthaben sind sicher. Das hat die Regierung immer wieder betont. In Zypern hat man gesehen, daß dieses Versprechen von einem Tag auf den anderen nicht mehr gelten kann. Auch in Österreich gibt es Gesetze, die das Einfrieren von Sparkonten ohne weiteres möglich machen. Dabei ist die Mehrheit der Bevölkerung schon seit Jahren Finanzindustrie ausgeliefert. Früher hat es Lohnsackerl gegeben, die Pensionisten haben ihr Geld mit der Post bekommen. Jetzt läuft alles auf elektronischem Weg über Girokonten. Was bedeutet das? Es ist möglich, daß die Bankomaten von einer Sekunde zur anderen kein Bargeld mehr ausspucken. Alle Banken wären gleichzeitig geschlossen und die Bevölkerung wäre auf das Bargeld angewiesen, das

gerade im Geldbörstel oder in einem Schrank aufbewahrt wird. Die „schwarze Woche“ in Zypern hat gezeigt, daß dies keine Horrorvision ist.

Einlagenverunsicherung

Zypern ist die Vorlage für das Eingreifen der EU. Die vielbeschworene Einlagen-Sicherung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist.

Dies bedeutet: Der einfache Bankkunde kann sich in der gesamten Euro-Zone nicht mehr in Sicherheit wiegen, wenn er sein Geld auf die Bank bringt. Der niederländische EZB-Mann Klaas Knot bestätigt: Die Enteignung von privaten Bank-Guthaben wird künftig Teil der „europäischen Liquidierungs-Politik sein“. Und auch in Österreich ist die Debatte für den „Fall der Fälle“ schon losgegangen. „Ein Selbstbehalt für Sparer wäre eine gesunde Maßnahme“, sagte Oberbank-Chef Franz Gasselsberger am 3. April vor Journalisten.

Professor Novotny von der Nationalbank ist schon längst unglaublich geworden. Ein Ausweg aus der Krise ist nur zu finden, wenn wir gemeinsam gegen das Diktat der EU auftreten.

Gegenbeispiel Island

Daß es möglich ist, der Erpreßung durch eine mächtige Finanzelite zu widerstehen, zeigt Island: Dort hatte sich die Bevölkerung in einer Abstimmung geweigert, für die Schulden der Banken zu bluten. Die meisten Gläubiger gingen leer aus, die Banken gingen in Konkurs, wurden anschließend vom Staat übernommen. Natürlich war diese Abkehr vom Modell Finanzoase nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte und Anpassungen zu haben. Diese Sanierung war aber nur möglich, weil Island nicht Mitglied der EU ist. Die EU kommt uns viel zu teuer: in Österreich und in allen Mitgliedsländern.



Erinnern Sie sich an diese Versprechen vor dem EU-Beitritt 1995?

- Die **Neutralität** bleibt erhalten.
- Das anonyme **Sparbuch** bleibt erhalten.
- Der **Schilling** bleibt erhalten.
- Ein EU-Beitritt bringt jedem Haushalt tausend Schilling mehr im Monat („Ederer-Tausender“)
- Durch den EU-Beitritt werden 50.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosenrate hat heute ein Rekordniveau erreicht (8,6 % gegenüber 4,9 %).
- Österreich hat ein Vetorecht. Stimmt nicht. In der Krise zählt die Finanzmacht.
- Der Sozial- und Bildungsbereich werden immer in nationaler Zuständigkeit bleiben.
- Die Bauern können nur in der EU (EG) überleben; sie werden durch Subventionen gut über die Runden kommen. Das Bauernsterben seit 1995 spricht eine andere Sprache. Heute werden die Mittel weiter gekürzt.
- Über das Wasser wird Österreich immer allein entscheiden können. Das kann Brüssel Österreich nicht wegnehmen.

Damit wird das letzte Versprechen, das uns 1994 von den EU-Gehilfen gegeben worden ist, gebrochen.



Weg mit dem Regreß!

Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kommt, steht oft die Existenz von Angehörigen und deren Lebensertrag auf dem Spiel. Schuld daran ist der Regreß (Rückersatz), der vom Land Steiermark bei den Angehörigen - Eltern oder Kinder bzw. Ehegatten - einkassiert wird. Diesen Regreß gibt es nach der Abschaffung in Kärnten nur mehr in der Steiermark. Der Regreß kommt einer stillen Enteignung gleich. Wer ins Pflegeheim muß, kann sein Eigentum in der Regel abschreiben. In der Steiermark kann es auch Angehörige treffen. „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“ Das sind Worte eines Landeshauptmannes, allerdings nicht des steirischen. Nur in unserem Bundesland ist der unfaire und unsoziale Regreß für Angehörige noch in Kraft. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen wird beim Regreß ebensowenig Rücksicht genommen wie auf individuelle Notlagen. Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) - ihr persönliches Monatseinkommen beträgt über 14.000 Euro - sagte, der Regreß decke ohnehin nur zwei Prozent der Kosten im Pflegebereich und sei „eine eher pädagogische Maßnahme.“ Der Bund hat einen Pflegefonds eingerichtet, der den Ländern hilft, die Pflegekosten zu bewältigen. Damit sollte verhindert werden, daß die Länder den Angehörigen von Pflegebedürftigen zusätzlich in die Tasche greifen. Auch bei der Mindestsicherung holt sich das Land Geld von den Angehörigen zurück, obwohl es sich verpflichtet hat, davon Abstand zu nehmen.

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift